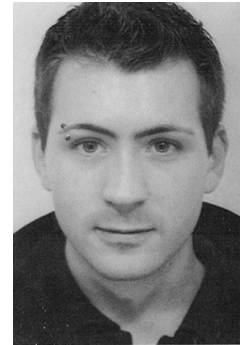


Die Piratenpartei – ein neues Demokratieverständnis?

Tobias Neumann, Johannes Fritz



Tobias Neumann hat 2011 eine Arbeit über das Selbstverständnis der Piratenpartei veröffentlicht, in der er auch selbst Mitglied ist. Er ist für ein Hochschulrechenzentrum und als freier Autor tätig.

Zusammenfassung:

In der Konzeption einer modernen Demokratie verbinden sich bei der Piratenpartei Forderungen nach freier Kommunikation, zusätzlichen demokratischen Einflussmöglichkeiten der Bürger und umfangreicher Transparenz des staatlichen Handelns. Besondere Beachtung finden dabei die Potenziale digitaler Teilhabe und Kommunikation in der Demokratie. In den Landesparlamenten bemühen sich die Abgeordneten der Piraten bereits intensiv darum, das Demokratieverständnis der Partei umzusetzen und die Funktionsweise der Landtage in ihrem Sinne zu beeinflussen. Innerparteilich ist der politische Ansatz der Piratenpartei dabei zugleich Stolperstein und Innovationsmotor. Das Versprechen auf eine Veränderung von Gesellschaft und Politik droht jedoch zu scheitern, wenn die raschen Veränderungen aufgrund des Anstiegs der Mitgliederzahl, der wachsenden öffentlichen Aufmerksamkeit und dem Druck, der auf den Piratenfraktionen in den Parlamenten lastet, nicht glaubwürdig für die Wähler und Mitglieder bewältigt werden.



Johannes Fritz promoviert am Institut für Politische Wissenschaft der Friedrich-Alexander-Universität Erlangen-Nürnberg über das Zustandekommen von politischen Entscheidungen im Bereich der Netznolitik

Seit der Wahl zum Berliner Abgeordnetenhaus im September 2011 entwickelt sich die im Jahr 2006 gegründete Piratenpartei Deutschland zu einer politischen Konstante auf Landesebene. Nach der Berlinwahl gelang der jungen Partei der Sprung über die Sperrklausel auch bei den Landtagswahlen des Jahres 2012 im Saarland, in Schleswig-Holstein und in Nordrhein-Westfalen. Bei der nächsten Bundestagswahl könnten bis zu zwölf Prozent der Wahlberechtigten für die Piratenpartei stimmen. Keine der weltweit derzeit 62 Piratenparteien erreichte bisher vergleichbare Erfolge. Auch in Schweden, dem Mutterland der Piratenbewegung, konnte die „Piratpartiet“ nicht an ihren Erfolg bei den Europawahlen 2009 anknüpfen.

Von Mitgliedern der anderen Parteien und von den Medien wird der Piratenpartei regelmäßig ein Mangel an Inhalten attestiert. Tatsächlich äußern sich die medial präsenten Mitglieder des Parteivorstands und der Landtagsfraktionen in der Regel nicht zu Themen, die von den anderen Parteien als drängend beschrieben werden, etwa zur Eurokrise oder dem Bundeswehreininsatz in Afghanistan. Die Piraten begründen dies damit, dass es zu diesen Themen noch kein Meinungsbild in der Parteibasis und damit keine Parteimeinung gebe. Darin drückt sich das transparent-basisdemokratische Politikverständnis der

Mangel an Inhalten

Piratenpartei aus, mit dem sich diese deutlich von den anderen Parteien in Deutschland abhebt. Der Beitrag analysiert die demokratischen Ideale der Piraten und ihre Versuche, diesen Idealen im Rahmen ihrer politischen Tätigkeit inner- und außerhalb der Partei näher zu kommen.

Demokratische Ideale

Zu den Grundwerten der Piratenpartei gehört das Einfordern von mehr demokratischer Mitbestimmung der Bevölkerung und transparenteren politischen Prozessen. Dementsprechend groß ist die Unterstützung der Parteimitglieder für eine Ergänzung der repräsentativen Demokratie um direktdemokratische Elemente, etwa Volksbegehren und Volksentscheide. Von den 2.237 durch einen der Autoren dieses Beitrags befragten Piraten¹ sah eine breite Mehrheit von 84,7 Prozent einen Ausbau der direkten Demokratie als geeignet an, um das Vertrauen der Bevölkerung in das deutsche politische System zu erhöhen (Neumann 2011: 180-181). Das Demokratieverständnis der Parteimitglieder spiegelt sich im Parteiprogramm wider. Die Vorstellungen zum Ablauf von demokratischen Prozessen außerhalb der Partei sind darin mit „Mehr Demokratie wagen“ (Piratenpartei Deutschland 2012c) überschrieben. Damit greifen die Piraten auf ein geflügeltes Wort aus einer Regierungserklärung von Bundeskanzler Willy Brandt aus dem Jahr 1969 zurück:

Willy Brandt: „Mehr Demokratie wagen“

„Wir wollen mehr Demokratie wagen. Wir werden unsere Arbeitsweise öffnen und dem kritischen Bedürfnis nach Information Genüge tun. Wir werden darauf hinwirken, daß durch Anhörungen im Bundestag, durch ständige Fühlungnahme mit den repräsentativen Gruppen unseres Volkes und durch eine umfassende Unterrichtung über die Regierungspolitik jeder Bürger die Möglichkeit erhält, an der Reform von Staat und Gesellschaft mitzuwirken“ (Beyme 1979: 252).

verbesserte
demokratische
Mitbestimmung

Internet

Für die Piraten sind Brandts Forderungen aktueller denn je. Wie Brandt im Jahr 1969 streben auch die Piraten im Jahr 2012 eine verbesserte direkte und indirekte demokratische Mitbestimmung für möglichst alle Bürger an. Zu Erreichung dieses Ziels sprechen die Piraten den digitalen Medien, insbesondere dem Internet, große Bedeutung zu. Sie sehen in diesen Medien die Chance und zugleich das geeignete Mittel, um die Möglichkeiten demokratischer Teilhabe der Bürger zu erhöhen. Innerparteilich hielten Anfang 2011 91,8 Prozent der Piraten das Internet für einen Schlüsselfaktor für eine erfolgreiche Programmarbeit (Neumann 2011: 129). Daraus schließen sie, dass die digitalen Medien der Bevölkerung es auch allgemein erleichterten, Informationen zu erhalten und mit anderen zu teilen. Wenn die Demokratie die digitale Revolution in der richtigen Weise für sich nutze, würden sich Möglichkeiten für eine Weiterentwicklung von demokratischen Strukturen und Abläufen ergeben. Alle Bürger könnten an Freiheit, Mitbestimmung und Grundrechten hinzugewinnen (Piratenpartei Deutschland 2012c):

„Der freie Informationsfluss schafft mündige Bürger, die in der Lage sind ihre Freiheit wirkungsvoll gegen totalitäre Tendenzen zu verteidigen. Die freie Vernetzung ermöglicht es Angebot und Nachfrage aller Art einfach zusammenzubringen. Die Möglichkeiten der digi-

talen Kommunikation sind aus der modernen Gesellschaft nicht mehr wegzudenken und müssen auch durch staatliches Handeln sichergestellt und sogar gefördert werden“ (Piratenpartei Deutschland 2012a).

In der Konzeption einer modernen Demokratie verbinden sich bei den Piraten somit Forderungen nach freier Kommunikation, zusätzlichen demokratischen Einflussmöglichkeiten der Bürger und umfangreicher Transparenz des staatlichen Handelns. All dies geschieht unter Zuhilfenahme digitaler Kommunikationsmöglichkeiten (Piratenpartei Deutschland 2012a, 2012c). Diese Betonung der digitalen Medien als Mittel für eine verbesserte Demokratie ist ein wesentlicher Unterschied zu anderen Parteien insbesondere im linken Spektrum, die ebenfalls auf eine Ausweitung von Elementen der direkten Demokratie drängen. Auch von SPD, Grünen und Linken sowie der FDP wird die Einführung von bundesweiten Volksbegehren und Volksentscheiden gefordert. Keine andere Partei hebt jedoch die Bedeutung der digitalen Medien für direktdemokratische Beteiligung so stark hervor wie es die Piratenpartei tut.

Unter dem Sammelbegriff der transparenten Politik lassen sich ebenfalls mehrere Forderungen zusammenfassen. Die Piraten treten für mehr Transparenz in der Arbeit der staatlichen Verwaltung und bei der Auftragsvergabe durch die öffentliche Hand ein. Eine transparente Verwaltung erleichtere eine demokratische Beteiligung der Bevölkerung und beuge Manipulationen und Korruption vor. Die Piraten sehen Informationsfreiheitsgesetze als probates Mittel, um transparentere Vorgänge in der Verwaltung zu erreichen. Diese Gesetze müssten so ausgestaltet werden, dass sie einen möglichst weit reichenden Einblick in öffentliche Vorgänge für eine größtmögliche Zahl von Personen ermöglichen. Die Piraten wollen Verträge der öffentlichen Hand mit der Privatwirtschaft auch rückwirkend generell offen legen, lediglich in Ausnahmefällen wie bei einer Gefährdung von Leib und Leben sollen sie weiterhin unter Verschluss gehalten werden (Piratenpartei Deutschland 2012d).

transparente Politik

Auch der Schutz von Whistleblowern gehört zu den Zielen der Piratenpartei in Bezug auf ein Mehr an Transparenz. Whistleblower sind Personen, die öffentlich auf illegale Vorgänge oder sonstige Missstände innerhalb von Unternehmen und öffentlichen Stellen hinweisen. Dem Demokratieverständnis der Piraten zufolge sind diese Personen vor negativen Konsequenzen ihres Handelns zu schützen. Im Zuge der Enthüllungen durch Internetplattformen wie Wikileaks wurde Whistleblowing einer breiteren Öffentlichkeit bekannt. Aus der Verbindung von Whistleblowing und Internet ergibt sich auch der Bezug zur Piratenpartei. Plattformen wie Wikileaks zielen ebenfalls auf größtmögliche Transparenz ab: Indem sie ihnen zugespielte Informationen selbst oder in Kooperation mit ausgewählten Medienpartnern veröffentlichten, erreichen sie maximale Aufmerksamkeit und kommen ihrem Ziel, „den Geheimnisverrat in die Wohnzimmer von jedem [zu] bringen und salonfähig [zu] machen“ (Domscheit-Berg 2010) näher. Zugleich setzen sich die Enthüllungsplattformen dafür ein, die Hinweisgeber zu schützen und negative Konsequenzen des Geheimnisverrats zu verhindern (Domscheit-Berg 2010). Als Unterstützer der Arbeit von Wikileaks fordern die Piraten ein Gesetz, das die bislang drohenden straf- und zivilrechtlichen Folgen von Whistleblowing ausschließen und die Praxis unter gesetzlichen Schutz stellen würde (Piratenpartei Deutschland 2012d).

Whistleblowern

Wikileaks

Meinungs-, und Pressefreiheit Daneben sprechen sich die Piraten insbesondere für eine unabhängige Judikative und den verstärkten Schutz von Meinungs- und Pressefreiheit aus. Zudem müsse in den Parlamenten der Einfluss der Parteien auf die Entscheidungen der Abgeordneten verringert und jener der Wähler gestärkt werden (Piratenpartei Deutschland 2012c).

Hinterzimmer-Politik All dies verstehen die Piraten als Teil oder vielmehr als Pfeiler eines „neuen Politikstils“. Aus diesem Verständnis heraus erscheint ihnen die Arbeit der anderen Parteien von „Hinterzimmer-Politik“ geprägt. Die Summe ihrer Ideale begründet aus Sicht der Piraten ihren hoffnungsvollen und mutigen Versuch, sich nicht nach den etablierten Regeln und scheinbaren Normen lange verfestigter Verfahrensweisen zu richten. Das heißt nicht, dass die Piraten dem politisch Gewachsenen ohne Respekt und Aufgeschlossenheit gegenüberträten. Es bedeutet lediglich, dass die Mehrheit der Parteimitglieder zurzeit der Ansicht ist, dass die bisherigen Standards im politischen Betrieb nicht mehr sinnvoll und zeitgemäß sind (Neumann 2011). Daher sprechen die Piraten auch von der Notwendigkeit eines Betriebssystem-Updates und proklamieren eine Wende hin zu einer „Politik 2.0“.

Umsetzung in Landtagsfraktionen und Partei

zusätzliche Rechte für kleine Fraktionen und fraktionslose Abgeordnete Mit ihrem Einzug in bislang vier Landesparlamente ergibt sich für die Piraten seit September 2011 erstmals die Möglichkeit, ihre demokratischen Ideale in die Arbeit dieser Institutionen einfließen zu lassen und öffentlichkeitswirksam weiterreichende Vorschläge für Reformen anzubringen. Die Fraktion im Berliner Abgeordnetenhaus engagierte sich in den ersten 100 Tagen ihrer Tätigkeit vor allem für eine transparentere Arbeit des Parlaments. In die konstituierende Sitzung des Berliner Abgeordnetenhauses brachten Mitglieder der Piratenfraktion zwei Änderungsanträge für die Geschäftsordnung ein. Sie forderten zusätzliche Rechte für kleine Fraktionen und fraktionslose Abgeordnete. Vizepräsidenten des Abgeordnetenhauses müssten aus jeder Fraktion unabhängig von ihrer Größe gewählt werden. Einzelne Abgeordnete sollten ebenfalls parlamentarische Anträge und Anfragen stellen sowie in einem Ausschuss uneingeschränkt Mitglied sein und eine Redezeit von fünf Minuten je Tagesordnungspunkt erhalten. Die Anträge wurden jedoch abgelehnt, die Fraktion der Linken enthielt sich.

alle Sitzungen in Echtzeit über das Internet übertragen Zum Thema Transparenz kritisierte Andreas Baum, der Vorsitzende der Berliner Fraktion, die eingeschränkte Öffentlichkeit bei einer Sitzung des Hauptausschusses zum Flughafen Berlin-Brandenburg als unzulässigen Eingriff in die Pressefreiheit. Bei der Sitzung des für gewöhnlich öffentlich tagenden Ausschusses wurden Tonaufnahmen untersagt, während Bildaufnahmen nur ausgewählten Sendern gestattet waren. Baum argumentierte, der Ausschluss der Öffentlichkeit müsse stets begründet werden, generell seien alle Sitzungen in Echtzeit über das Internet zu übertragen und zum späteren Abruf vorzuhalten. Auch die Piratenfraktion in Schleswig-Holstein stellte Defizite in der parlamentarischen Transparenz fest und forderte, der Ältestenrat müsse öffentlich tagen und die Aufzeichnungen im Internet bereitstellen.

Der Berliner Abgeordnete Christopher Lauer forderte seine Fraktionskollegen auf, ihre Bezüge durch das Abgeordnetenmandat offenzulegen. Neben Lauer veröffentlichten bislang auch weitere Abgeordnete eine entsprechende Aufstellung auf ihrer Website. Lauer äußerte außerdem sein Unverständnis zum Demokratieverständnis des Berliner Senats. Die Piratenfraktion im Abgeordnetenhaus hatte beantragt, dass die Landesregierung künftig ebenso öffentlich tagen solle wie das Abgeordnetenhaus. Der Regierungssprecher dementierte eine mögliche Umsetzung des Antrags bereits, bevor das Abgeordnetenhaus diesen überhaupt diskutieren konnte. Lauer bedauerte, der Senat werde „damit durchkommen, wenn sich die Abgeordneten der SPD und CDU dem Koalitions- und Fraktionszwang unterwerfen. Bemerkenswertes Demokratieverständnis“ (Lauer 2012).

Bezüge durch das Abgeordnetenmandat offenzulegen

Der Berliner Piratenfraktion wurde allerdings auch vorgeworfen, ihre basisdemokratischen und transparenten Ideale bereits „verraten“ zu haben. Beispielsweise hatte die Fraktion im Dezember 2011 und Juni 2012 Klausurtagungen unter Ausschluss der Öffentlichkeit abgehalten. Seit der ersten Klausurtagung treffen sich die Abgeordneten außerdem wöchentlich zu einem Stuhlkreis, in dem sie ebenfalls ohne Öffentlichkeit diskutieren: „Der Stuhlkreis sei ein Rückzugsort, um dem ‚Transparenzterror‘ zu entkommen, sagt ein Pirat. Denn in den öffentlichen Fraktionssitzungen würden einige aus Angst vor Gesichtsverlust nicht offen sprechen wollen. Jener Pirat möchte nicht namentlich genannt werden, weil ihm bewusst ist, dass seine Kritik an den Grundfesten der Partei kratzt“ (Rosenfeld 2012). Für die parlamentarische Arbeit kann Transparenz somit auch eine Belastung sein.

Stuhlkreis
Transparenzterror

Neben und mit den Landtagsfraktionen wird auch die Partei selbst zunehmend im Sinne ihrer demokratischen Ideale aktiv – auch in Bereichen wie der Wirtschaftspolitik. Die Mitglieder des Landesverbands Nordrhein-Westfalen sprachen sich auf einem Landesparteitag einstimmig gegen den Europäischen Stabilitätsmechanismus (ESM) aus. Dies wurde im Antragstext damit begründet, dass der ESM „gegen die im Grundgesetz verankerten fundamentalen Rechtsprinzipien und Grundsätze einer demokratischen Staatsordnung wie den Parlamentsvorbehalt und das Rechtsstaatsprinzip sowie gegen die Transparenz-Grundsätze der Piratenpartei“ (Piratenpartei NRW 2012) verstoße. Die nordrhein-westfälischen Piraten forderten einen Volksentscheid über den Vertrag und dessen Ablehnung durch die Landesregierung.

Volksentscheid

Auch in der aktuell laufenden Urheberrechtsdiskussion ist die von einem Teil der Rechteinhaber offen kritisierte Piratenpartei um einen transparenten Austausch bemüht. Die Piraten organisieren eine Dialogreihe, in der zwischen den eigenen Standpunkten, jenen der Rechteinhaber und den etablierten Parteien vermittelt und nach einem Kompromiss gesucht werden soll. Darin drückt sich ebenfalls eine neue Herangehensweise an politische Konflikte aus, die an die von einer Mehrheit der Piraten favorisierte Konsensdemokratie (Neumann 2011:182-183) erinnert. Die Urheber betonten in einer dieser Dialogveranstaltungen zwar, sie wollten weiterhin kontrollieren, wie ihre Werke genutzt würden und wie sie dafür entlohnt werden, während die Vertreter der Piratenpartei ein Recht auf Privatkopie forderten. Beide Seiten waren sich jedoch einig, dass etwa Jugendliche für Filesharing nicht hart bestraft werden sollten.

Urheberrechtsdiskussion

Innerparteiliche Umsetzung und Konsequenzen

transparente
Basisdemokratie

Innerparteilich setzen die Piraten auf das Prinzip einer transparenten Basisdemokratie, das sie allerdings nicht in ihre Bundessatzung aufgenommen haben. Wichtiger ist das gelebte demokratische Selbstverständnis der Parteimitglieder, welches sich im innerparteilichen Alltag durch ein hohes Maß an Partizipations- und Entscheidungsmöglichkeiten auszeichnet, anstatt auf die Befolgung starrer kodifizierter Regeln zu setzen. Der Umstand dieser unklaren Begriffsbedeutung hat allerdings zur Folge, dass das Verständnis von Basisdemokratie im Kern immer dynamisch und daher variabel bleibt. Was „Basisdemokratie“ ist, beziehungsweise was die Piraten damit meinen, ist also keinesfalls eindeutig geklärt. Um innerhalb dieses dynamischen Systems verbindliche organisatorische aber auch politisch-programmatische Entscheidungen für die einzelnen Gliederungen (Landes-, Bezirks-, Kreis- und Ortsverbände), aber auch für den Bundesverband treffen zu können, finden regelmäßig Parteitage statt, wobei der Bundesparteitag dabei das höchste Beschlussorgan darstellt. Zwischen den Parteitagen werden die einzelnen Untergliederungen von gewählten Vorständen verwaltet, die ihre Tätigkeit jedoch als rein organisatorisch-verwaltend beschreiben.

Da die Piraten ein Delegiertensystem ablehnen, ist es jedem der zurzeit 33.379 Mitglieder gestattet, die Parteitage zu besuchen und seine Meinung dort kundzutun – stimmberechtigt sind aktuell aber nur jene 19.649 Piraten oder 59 Prozent der Mitglieder, die ihre Mitgliedsbeiträge entrichtet haben. Die bereits genannte Umfrage innerhalb der Piratenpartei ergab, dass nur rund 20 Prozent der Mitglieder oft oder sehr oft an Parteitagen teilnehmen, während dies knapp 60 Prozent selten oder nie taten (Neumann 2011: 114). Ein exemplarisches Beispiel für geringe Beteiligung ist der „programmatische Bundesparteitag“ im November 2010 in Chemnitz, bei dem sich die Piraten zum Ziel setzten, ihr Parteiprogramm wesentlich zu erweitern. Bei dieser Versammlung fanden sich nur rund 560 Piraten ein, was damals 4,6 Prozent der Parteimitglieder entsprach. Bei den beiden Bundesparteitagen des Jahres 2011 lag die Beteiligung wieder höher, bevor sie im Jahr 2012 wieder auf 5,2 Prozent absank.

Obwohl nur ein geringer Prozentsatz der Mitglieder an Parteitagen teilnimmt, verursachen die dort praktizierte Partizipation und der gelebte Pluralismus doch einen enormen Aufwand. Dies führt zu mitunter scherzhaften, aber eigentlich bitterernsten Forderungen wie der „Redezeitbegrenzung auf null Sekunden“, die unter den parteitagserfahrenen Piraten weithin bekannt ist. Auch im Wiki der Piratenpartei findet sich ein Verweis darauf in einem Zitat des Versammlungsleiters im November 2010 in Chemnitz: „Redezeit auf Null Sekunden.. Lehne ich ab, weil es einfach keine Rede ist.“ (Piratenpartei Deutschland 2010). Entsprechend nachdenklich und enttäuscht äußert sich der Pirat Kevin Niehage zum Bundesparteitag im Mai 2010 in Bingen:

„Meiner Meinung nach, war die Unproduktivität des Bundesparteitages schon fast grotesk. Im Grunde reichte die Zeit gerade einmal aus, um den neuen Bundesvorstand zu wählen - und das in zwei Tagen mit über 20 Sitzungsstunden. Viel Zeit wurde in meinen Augen mit

immer wiederkehrenden, teilweise nicht existierenden, Geschäftsordnungsanträgen vergeudet. Ja, ich gebe demjenigen Recht, der sagt, dass solch eine junge Partei erst einmal lernen muss, wie bestimmte Instrumente sinnvoll und effektiv eingesetzt werden. Aber ich bin hoffentlich nicht der Einzige in der Partei, der einer Begrenzung der Redezeit auf null Sekunden (oder mit anderen Worten: dem Abwürgen der Diskussion) niemals zustimmen wird“ (Niehage 2010).

Die Piraten haben ihre Lehren aus Bingen gezogen und seitdem sehr viel Arbeit in die Verbesserung der Organisation und des Ablaufs von Parteitage investiert. Auch haben viele Mitglieder, die regelmäßig Parteitage besuchen, mittlerweile das nötige Know-How und unterstützen einen überwiegend disziplinierten und konzentrierten Ablauf der Veranstaltungen. Darüber hinaus wird fleißig über die Zukunft und die nötigen Mittel und Tools zur Erhaltung der Basisdemokratie innerhalb der schnell wachsenden Partei nachgedacht. Umfangreiche Konzepte wie der „dezentrale Parteitag“, der in mehreren Städten gleichzeitig und digital vernetzt stattfindet, könnten eine Lösung darstellen. Ein erster Umsetzungsversuch wurde auf kleinerer Ebene in Trier bereits erfolgreich durchgeführt. Auch hat der Landesverband Mecklenburg-Vorpommern Anfang Juli 2012 die sogenannte „ständige Mitgliederversammlung“ beschlossen. Diese ermöglicht es den Parteimitgliedern, laufend online über politische Positionspapiere abzustimmen.

Verbesserung der Organisation

dezentraler Parteitag

Die allumfassenden Partizipations- und Gleichstellungsansprüche sowie die flachen Hierarchien der selbsterklärten „Mitmachpartei“ stellen aber nicht nur an die Parteitage, sondern vor allem an den politischen Alltag der Parteimitglieder viele Herausforderungen. Auch wenn die Philosophie der Piraten vorsieht, jeden zu beteiligen, ist allein dies schon in der Praxis bisher nicht vollkommen gelungen. Christopher Lauer stellt dazu in *Spiegel Online* fest: „Wir fordern öffentlich immer wieder Basisdemokratie und Bürgerbeteiligung, müssen das aber intern viel stärker vorleben“ (Reinbold 2012).

Zur innerparteilichen Transparenz der Piraten gehört auch, dass schonungslos nahezu jeder größere Konflikt und oft auch kleinere Streitigkeiten öffentlich bekannt werden. In der Partei wird viel gestritten, aber nur selten versucht, interne Streitigkeiten auch intern zu halten – das Öffentlichkeitsprinzip der Piraten wirkt, und die Medien bedienen sich gerne daran. Ihre Hinweise auf den Zwist in der Piratenpartei sind mittlerweile schon fast alltäglich.

Öffentlichkeitsprinzip

Weitreichende, in die Piratenpartei hineingetragene und dort widerhallende Diskussionen, wie die „Sexismus“-Debatte oder die Debatte um Rechtsradikalismus, wirken jedoch häufig bereits nach wenigen Monaten wie ein Relikt der Vergangenheit und werden vom Vorwurf der etablierten Parteien, die Piraten hätten kein Programm, überdeckt. Nicht nur das teilweise überaus heftige Miteinander der Parteimitglieder wirkt dem Gelingen einer innerparteilichen Basisdemokratie entgegen. Auch die Vielfalt des Angebots der Piratenpartei kann zum Problem werden, wenn es für die Mitglieder nur noch schwer möglich ist, die Übersicht zu behalten. Dies führt auch dazu, dass Arbeit immer und immer wieder doppelt gemacht wird, obwohl die Piratenpartei stärkere Synergieeffekte eigentlich gut gebrauchen könnte. Dies führte beispielsweise zu zwei umfangreichen Programmkonzepten für die Drogenpolitik, welche beide durch den Parteitag in Offenbach angenommen wurden.

Liquid Feedback

Die parteiintern stark umstrittene Demokratie-Software „Liquid Feedback“ ist ein Markenzeichen der Piratenpartei für den Parteialltag. Sie soll die Idee einer „flüssigen Demokratie“ innerparteilich umsetzen. In diesem System können Anträge gestellt und abgestimmt werden. Dennoch hat längst noch nicht jedes Parteimitglied überhaupt einen Zugang. Im Juli 2012 zählte das System nur 10.101 von insgesamt 33.379 Parteimitgliedern. Jedes dritte Mitglied hatte in den vorausgegangenen Monaten einen Zugang zu der Software erhalten (Reinbold 2012). Dies wirft einen Schatten auf die Verbindlichkeit von Abstimmungsergebnissen, die mit der Software getroffen werden, da zwei Drittel der Mitglieder schlichtweg nicht daran teilnehmen (können). Weiterhin wird der Software unterstellt, keine verlässlichen Ergebnisse zu erzielen. Ein Beispiel ist ein Antrag zur Verlängerung der Amtszeit des Bundesvorstands, welcher auf dem Parteitag im April in Neumünster besprochen wurde. Das Ergebnis der Abstimmung in Liquid Feedback ergab im Vorfeld eine 72-prozentige Zustimmung. Auf dem Parteitag selbst stimmten dann aber nur weniger als die Hälfte der Anwesenden zu.

Super-Delegierte

Die Bedienung von Liquid Feedback sehen die meisten Piraten als zu unübersichtlich und zu kompliziert. Dem sollte ein umfangreiches Update im Juli 2012 Abhilfe schaffen, welches aber bis zum Abgabetermin dieses Artikels noch nicht implementiert war. Ein anderes Problem stellt für viele Parteimitglieder die Möglichkeit zur Delegation dar. Prinzipiell ist es bei Liquid Feedback möglich, die eigene Stimme auf andere Parteimitglieder zu delegieren. Delegierte können mit ihrer eigenen und den zusätzlichen, an sie delegierten Stimmen abstimmen. Allerdings hat der Delegierende jederzeit die Möglichkeit, an der Abstimmung selbst teilzunehmen² oder aber die Delegation wieder zu entziehen. Mittlerweile haben sich aber, wie von vielen Piraten befürchtet, Super-Delegierte gebildet, die das Schicksal von Initiativen (Anträgen) in Liquid Feedback im Alleingang bestimmen können. Verschiedene Maßnahmen wie beispielsweise der automatische Verfall von Delegierungen sind deswegen im Gespräch und teilweise auch schon in Umsetzung.

analoge Meinungsbildungsprozesse

Da all diese und andere problematische Gesichtspunkte der Software noch nicht geklärt sind, kann ein Teil der Piraten den Nutzen von Liquid Feedback nicht erkennen. Auch ein Teil des Bundesvorstands hat teilweise starke Zweifel. Deswegen wünscht sich der neu gewählte Vorsitzende Bernd Schlömer eine Evaluation der Software, ganz im Gegensatz zu seinem Vorstandskollegen Johannes Ponader, der sogar mit dem Versprechen zur Wahl antrat, seine Entscheidungen im Bundesvorstand von Abstimmungsergebnissen im Liquid Feedback abhängig zu machen. Die unterschiedlichen Haltungen im Bundesvorstand entsprechen der in dieser Frage gespaltenen Basis. Der Stellenwert der Software ist innerhalb der Partei also noch nicht hinreichend geklärt. Unabhängig davon steht weiterhin die wichtige Frage im Raum, ob sich analoge Meinungsbildungsprozesse überhaupt ohne Verlust in digitale Prozesse überführen oder in ihnen abbilden lassen.

Auch fällt es den Mitgliedern schwer, den Überblick über die politischen Entscheidungen der einzelnen Verbände und dem Bundesverband der Partei zu bewahren. Selbst als die Partei „nur“ rund 12.000 Mitglieder zählte, war dieses Problem schon evident, wie die oben angesprochene Befragung der Piratenpar-

tei im Jahr 2011 belegen konnte. Demnach gaben 55 Prozent der Teilnehmer an, dass es (eher) schwierig sei, den Überblick zu behalten (Neumann 2011: 163-164). Die eigenen Einflussmöglichkeiten auf Entscheidungen wurden dennoch von 62,3 Prozent der Teilnehmer als eher gut bis gut beurteilt (Neumann 2011: 148-149).

Innerparteilich ist die Piratenpartei (noch) stark mit sich selbst beschäftigt. Als normale Folge des Wachstums-, Ausdifferenzierungs- und Organisationsprozesses einer Partei ist dies nicht ungewöhnlich. Die Strukturen kommen seit 2009 dem Mitgliederansturm trotz aller entgegengesetzten Bemühungen nicht mehr hinterher. Hinzu kommt eine permanente Knappheit an finanziellen Mitteln, wie die zurzeit laufende „Aktion 100K“ verdeutlicht. Ziel ist es, 100.000 Euro an Spenden zu sammeln, um die IT der Piratenpartei zu verstärken und zu verbessern – 67.000 Euro sind bisher gespendet worden. Nur so erscheint den Erfordernissen des Wachstums der Partei Rechnung getragen werden zu können.

Fazit

Die Erfolge der Piratenpartei bei bislang vier Landtagswahlen der Jahre 2011 und 2012 hat zu stark vergrößerter öffentlicher und medialer Aufmerksamkeit für die Partei und zu einem raschen Wachstum der Mitgliederzahl geführt. Die Landtagsfraktionen bemühen sich intensiv darum, das basisdemokratisch-transparente Politikverständnis der Partei in ihrer eigenen Tätigkeit umzusetzen und die Funktionsweise der Landtage in ihrem Sinne zu beeinflussen. Insbesondere in Berlin und Schleswig-Holstein traten die Piratenfraktionen wiederholt für transparente Vorgänge in Verwaltung, Legislative und Exekutive ein. Parallel setzen sich die Bundespartei und die Landesverbände dafür ein, Diskussionen über die demokratische Beteiligung der Bevölkerung und von Interessengruppen an politischen Entscheidungsprozessen voranzubringen. Dies belegen zum einen Initiativen wie die Urheberrechtsdialoge mit Rechteinhabern, in denen auf in Deutschland unkonventionelle Art unter Beteiligung aller Interessen transparent nach Kompromissen gesucht werden soll. Zum anderen nutzen die Piraten die gewachsene Aufmerksamkeit, um sich auch in Themen wie der Wirtschaftspolitik zu positionieren, in denen ihnen von anderen Parteien die Kompetenz abgesprochen wird. Ein Beispiel ist die Ablehnung des ESM-Vertrags durch den nordrhein-westfälischen Landesverband. Angesichts der kurzen Zeit, in der sich die Piratenpartei in Landtagsfraktionen befindet und damit erhöhte Aufmerksamkeit genießt, ist es für eine Bilanz noch zu früh. Das Bedürfnis der Berliner Fraktion nach einem Austausch unter Ausschluss der Öffentlichkeit zeigt jedoch, dass die transparente Arbeit auch problematisch sein kann.

Innerparteilich ist der basisdemokratische und transparente Ansatz der Piratenpartei gleichzeitig Stolperstein und Innovationsmotor. Denn der allseits präsente Pluralismus in der Piratenpartei und der für viele Mitglieder leicht zugängliche und schnelle Weg, diesen untereinander über digitale oder analoge

Landtagsfraktionen

Bundespartei
Landesverbände

Initiativen

Innerparteilich
konstanter Input auf
allen Ebenen der
Partei

Wege auszuleben, hält die innerparteiliche Diskussion einerseits in Gang, erschwert aber andererseits die programmatische Arbeit durch eine Überlastung der Strukturen. Diese dienen einem umfangreichen Beteiligungsangebot, das von vielen engagierten Mitgliedern intensiv genutzt wird. Auf diese Weise ergibt sich trotz aller Reibungen ein konstanter Input auf allen Ebenen der Partei. Eine gemeinsame Identität der Parteimitglieder ergibt sich dabei aus der Orientierungs- oder Verständnisebene. Der Umfrage aus dem Jahr 2011 zufolge besteht diese aus den gemeinsamen Idealen, darunter der Begeisterung für moderne Technologien, und der Einigkeit darüber, dass man sich von der Politik der etablierten Parteien abwenden möchte (Neumann 2011: 156-157). Die Begeisterung für digitale Medien hat dazu geführt, dass die Piraten als erste Partei in Deutschland das Internet intensiv für die interne Debatte, für die Kommunikation ihrer politischen Ziele sowie für die tägliche politische Arbeit nutzen. Auf diese Weise wurde für die Mitglieder der Zugang zu einem sich in Entwicklung befindlichen Parteiapparat möglich, der an seinen Rändern wie im Inneren aus offenen Schnittstellen besteht, die ständig auf Empfang geschaltet sind und zugleich unaufhörlich senden.

Shitstorms

Die innerparteiliche Transparenz ist bereits wiederholt in öffentliche „Shitstorms“ gemündet, die auch mediale Beachtung fanden. Offen bleibt, ob diese Nebenwirkungen den Transparenzanspruch der Piraten generell infrage stellen. Oder wiegt das von der Piratenpartei angebrachte Argument, auf diese Weise würden Entscheidungen zumindest nicht in Hinterzimmern „ausgeklüngelt“, schwerer? Wie stark der Anpassungsdruck durch die Parlamente, die neuen Parteimitglieder und die verstärkte öffentliche Rezeption auf die Piratenpartei einwirkt, lässt sich aktuell nur vermuten. Diese Prozesse spielen sich überwiegend innerparteilich ab, eine Bilanz ist bislang nicht möglich. Sicher ist hingegen, dass der Ausgang dieser Prozesse für die Piratenpartei von essentieller Bedeutung ist. Die Piraten haben sich zum Ziel gesetzt, mit ihrem Demokratieverständnis in der Gesellschaft zu überzeugen. Ihr Versprechen auf eine Veränderung von Gesellschaft und Politik („Klarmachen zum Ändern!“) droht jedoch zu scheitern, wenn die raschen Veränderungen aufgrund des Anstiegs der Mitgliederzahl und der wachsenden öffentlichen Aufmerksamkeit nicht bewältigt werden. Die Piraten stehen vor der Aufgabe, mit diesen Veränderungen umzugehen, ohne darüber ihre Ideale aufzugeben. Gelingt diese Belastungsprobe, dann haben die Piraten vielleicht eine Chance, sich dauerhaft politisch zu etablieren und ihr Demokratieverständnis umzusetzen – nach Innen wie nach Außen.

„Klarmachen zum
Ändern!“

Anmerkungen

- 1 Zum Zeitpunkt der Befragung (Anfang 2011) hatte die Piratenpartei rund 12.000 Parteimitglieder.
- 2 Dadurch wird automatisch dem Empfänger der Delegation die zugewiesene Stimme für die Abstimmung entzogen.

Literatur

- Unter der Adresse <http://bit.ly/MFyqV2> findet sich ein umfangreicheres Literaturverzeichnis.
- Beyme, Klaus von (1979): Die Grossen Regierungserklärungen der deutschen Bundeskanzler von Adenauer bis Schmidt. München/Wien: Hanser.
- Domscheit-Berg, Daniel (2010): Der gute Verrat. Der Freitag, 14.10.2010. Online verfügbar unter <http://bit.ly/Ki9ufA> (19.06.2012).
- Lauer, Christopher (2012): Vom bemerkenswerten Demokratieverständnis des Berliner Senats, 20.03.2012. Online verfügbar unter <http://bit.ly/LsBXTT> (12.06.2012).
- Neumann, Tobias (2011): Die Piratenpartei Deutschland – Entwicklung und Selbstverständnis. Berlin: Contumax-Verlag.
- Niehe, Kevin (2010): Eindrücke vom Bundesparteitag, in: weizenspr.eu, 17.05.2010. Online verfügbar unter <http://bit.ly/bGamKZ> (19.06.2012).
- Piratenpartei Deutschland (2010): Piratebash. Online verfügbar unter <http://bit.ly/MtUxa9> (19.06.2012).
- Piratenpartei Deutschland (2012a): Digitale Gesellschaft. Online verfügbar unter <http://bit.ly/NBbZ3y> (17.06.2012).
- Piratenpartei Deutschland (2012c): Mehr Demokratie. Online verfügbar unter <http://bit.ly/LIJUpN> (21.05.2012).
- Piratenpartei Deutschland (2012d): Transparenter Staat. Online verfügbar unter <http://bit.ly/KHKRtf> (22.05.2012).
- Piratenpartei NRW (2012): Positionspapier: Ablehnung des ESM-Vertrags, 18.04.2012. Online verfügbar unter <http://bit.ly/IxO0vB> (13.06.2012).
- Reinbold, Fabian (2012): B-Frage quält die Piraten, in: Spiegel Online, 11.06.2012. Online verfügbar unter <http://bit.ly/Kva0bt> (20.06.2012).
- Rosenfeld, Dagmar (2012): Im Stuhlkreis der Piraten. In: Zeit Online, 04.02.2012. Online verfügbar unter <http://bit.ly/yA5b5D> (20.06.2012).



Andreas Fisahn, Martin Kutscha

Verfassungsrecht konkret

Die Grundrechte – 2. überarbeitete Auflage

Dieses Grundrechtslehrbuch beschreitet einen neuen Weg: Die unverzichtbare Kernmaterie wird optisch besonders hervorgehoben und kann so schnell erfasst und angeeignet werden. Damit wendet sich das Werk besonders an Jurastudentinnen und -studenten der Anfangssemester und die Studierenden der neuen Bachelor-Studiengänge an Fachhochschulen und Universitäten.

Wer z. B. im Rahmen des Jurastudiums mehr wissen will, findet darüber hinaus Hintergrundinformationen, die Behandlung von Einzelfragen und die Darstellung aktueller Streitpunkte in kleinerer Schrift. Der leichteren Aneignung des Stoffes dienen zahlreiche Fälle mit Lösungen, die überwiegend der neueren Rechtsprechung entstammen.

2. Aufl. 2011, 212 S., 2 s/w Abb., kart., 19,80 €, 978-3-8305-1907-2

Andreas Fisahn

Verfassungsrecht konkret

Staatsorganisationsrecht

Auch hier wird die unverzichtbare Kernmaterie, die Struktur des Staatsorganisationsrechts optisch hervorgehoben und kann so schnell erfasst und angeeignet werden. Darüber hinaus findet man Hintergrundinformationen, die Behandlung von Einzelfragen und die Darstellung aktueller Streitpunkte in kleinerer Schrift. Dabei wird selbstverständlich die Position des BVerfG als richtungsweisend dargestellt, aber auch kritisch reflektiert. Abgerundet wird die Darstellung durch Aufbauschemata für die verfassungsrechtlichen Klagen und Fallbeispiele mit Musterlösungen, die eine Orientierung für Klausuren bieten können.

2012, 164 S., 7 s/w Abb., kart., 18,90 €, 978-3-8305-3072-5

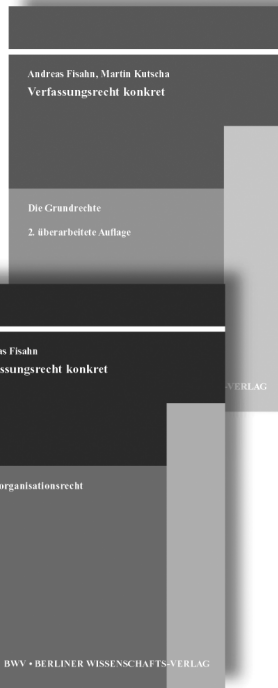
Horst Meier

Protestfreie Zonen?

Variationen über Bürgerrechte und Politik

Wer in Freiheit leben möchte, sollte bereit sein, ein kalkuliertes Risiko einzugehen. Das klingt nicht spektakulär. Doch man muss nur fragen, ob Hassprediger Meinungsfreiheit oder Rechtsradikale Versammlungsfreiheit genießen, ob mutmaßliche Terroristen mit einem „Feindstrafrecht“ überzogen, ja gefoltert werden dürfen oder ob die NPD verboten werden soll – und findet sich unversehens im politischen Handgemenge. Die vierundvierzig Essays dieses Bandes versuchen, aktuellen Streitfragen auf den Grund zu gehen. Sie argumentieren fachlich informiert, doch nicht im Jargon des Experten. Sie wenden sich an ein rechtspolitisch interessiertes Publikum, dessen Neugier größer ist als das Bedürfnis nach Bestätigung der eigenen Ansichten. Dass Bürgerrechte der Politik Grenzen setzen, die nicht zur Disposition stehen, ist eine in diesen Essays vielfach variierte These.

2012, 332 S., kart., 39,– €, 978-3-8305-3032-9; **Kombipaket** 52,– €, 978-3-8305-2735-0



BWV • BERLINER WISSENSCHAFTS-VERLAG

Markgrafenstraße 12–14 • 10969 Berlin • Tel. 030 / 841770-0 • Fax 030 / 841770-21

E-Mail: bwv@bwv-verlag.de

Internet: <http://www.bwv-verlag.de>